

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

18.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preis von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 6. Mai 1910.

Inserationspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

Zur Aussperrung im Baugewerbe.

Sagt mir, was hat den Kampf beschworen? —
War es des Schicksals ernst Gebot,
Aus unterdrücktem Recht geboren?
War's hartes Elend, bitter Not?
O, nichts von allem. Zu verständig
Wär' sonst der Kampf! Um leeren Schein
Wird's bitter Ernst. Man will mal endlich
Allein der Herr im Hause sein.

Zu sehr erstarrten die Verbände,
Den Herren stört's die Mittagbruh'.
Wo sonst nur will'ge Arbeitshände,
Wächst über Nacht ein Kopf hinzu.
Sonst hat man unbeschränkt befohlen,
Jetzt gilt Tarif, jetzt bindet Pflicht.
Das paßt — sie sagen's unverhohlen —
Den Herrn im Baugewerbe nicht.

„Drum ausgesperrt, damit sie sehen,
Der Herr im Haus noch immer ist,
Sie sollen betteln, sollen flehen,
Daß gnädig man den Groll vergißt.
Zwar waren sie ja noch bescheiden,
Und was sie wollen ist nur Klein,
Jedoch, wer will darob noch streiten,
Sie fordern und das darf nicht sein.“

So oder ähnlich mag's wohl lauten,
Was Herrentroz und Hochmut sinnt.
Verdret liegen rings die Bauten,
Ein unerhörter Kampf beginnt.
Die sonst zum Teil sogar als Drohnen
Geziet von der Arbeit Schweiß,
Die gehen jetzt die Millionen
Dem Elend und dem Hunger preis.

Ihr, Herren, tragt die Schuld am Kriege,
Ihr habt den Kampf, den Streit gewollt.
Drum hütet euch, wenn auch zum Siege
Euch oft verhalf der Götze Gold.
Versucht es nur, ob Willkür stärker
Als Recht und Geld gilt mehr als Schweiß.
Werk: nicht allein die Bauhandwerker,
Wir alle ringen um den Preis!

F. W. im „Bergbauern“.

Vom Kampflage.

Erst jetzt läßt sich aus dem Chaos der Meldungen der letzten Wochen allmählich ein Bild gewinnen, in welchem Umfange es dem Arbeitgeberbunde gelungen ist, die Baubetriebe still zu legen. Nach Angabe der wichtigsten Organisationen sind von ihren Mitgliedern etwa 60—70 000 Maurer, 22 000 Zimmerer und 24 000 Bauarbeiter von der Aussperrung betroffen. Vom christlichen Bauarbeiterverband waren bis zum 29. April 13 224 Mitglieder ausgesperrt. Da auch eine Anzahl Indifferenter entlassen wurden, dürften insgesamt 130—140 000 Bauarbeiter durch das Vorgehen des Arbeitgeberbundes brotlos geworden sein. Ein genaues Bild zu geben ist niemand imstande — auch der Arbeitgeberbund nicht — da sich die Situation während ändert. Teilweise wird die Arbeit wieder aufgenommen, andererseits sperren erst jetzt eine Reihe Arbeitgeber ihre Leute aus. Soweit steht aber die Zahlen, die der Arbeitgeberbund der Öffentlichkeit unterbreitet hat, sind bis jetzt noch nicht erlösch.

Ob es den Scharfmachern gelingt, die Aussperrung weiter auszudehnen? Sie lassen keine Mittel versuchen, um das zu erreichen. In einem Rundreiben des Essener Arbeitgeberbundes heißt es: „Der Verein wird mit allen Machtmitteln gegen solche Mitglieder vorgehen, die da haben, die gemeinamen Beschlüsse mißachten zu können.“ Dieser Drohung des Arbeitgeberbundes ist bereits die Tat gefolgt. In einer großen Anzahl ist über die Unternehmer, die nicht ausgesperrten, Materialsperrung verhängt worden; andere Unternehmer mußten, weil sie dem Aussperrungsbeschluss nicht nachkamen, hohe Konventionalstrafen zahlen.

Um die weniger kapitalkräftigen Unternehmer zur Aussperrung zu veranlassen, wurde einige Tage vor Aussperrung die Nachricht von den fünf Millionen, die die Großindustriellen und das Kohlenyndikat zur Verfügung gestellt hätten, seitens des Arbeitgeberbundes in die Presse langiert. Zwischen ist ja

diese Meldung dementiert worden. Damit ist aber noch lange nicht gewiß, daß die Großindustrie keine finanzielle Hilfe gewährt. Wahrscheinlich ist, daß sich jene Kreise nur mit ihren Unterstützungen im Hintergrunde halten, um in der Dessenlichkeit nicht als die eigentlichen Kulissenhändler bei der Aussperrung angesehen zu werden. Mit jedem Tage zeigt sich aber deutlicher, daß es doch so ist. Am 19. April d. J. tagte in Berlin der Ausschuss des „Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände“. Ein Rundschreiben an die Mitglieder des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, das in jener Sitzung herausgegeben beschlossen wurde, meldet darüber:

„Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, welchem der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe als Mitglied angehört, hat in seiner Ausschusssitzung vom 19. April d. J. zu dem Kampf im Baugewerbe Stellung genommen und einstimmig beschlossen, dasselbe mit allen Kräften zu unterstützen, damit dieser Kampf erfolgreich durchgeführt wird. Eine Niederlage oder ein ungerechtfertigtes Nachgeben der Bauunternehmer würde das übrige Unternehmensumfeld schwer schädigen und die Macht der Arbeiterorganisationen ungebührlich stärken. Auch würde eine weitere Erhöhung der schon beträchtlichen Bauarbeiterlöhne und eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe auf große Kreise der Exportindustrie nicht ohne schädigenden Einfluß bleiben. Deshalb hat der Ausschuss des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände in seiner Sitzung vom 19. April cr. einstimmig beschlossen, das Baugewerbe in seinem schweren Kampfe in folgender Weise wirksam zu unterstützen:

1. Die Mitgliedsverbände sind anzuweisen, mit aller Sorgfalt zu achten, daß keine Bauarbeiter eingestellt werden. Die Entlassungsgenehmigungen sollen bis Anfang April verlangt werden, um festzustellen, ob die sich meldenden Arbeiter sich nicht inzwischen einem Absteigebetrieb oder nicht baugewerblichen Betrieben durch eine vorübergehende Beschäftigung vorüberläufig beschafft haben.
2. Die Mitglieder sind dringend zu ersuchen, den Bauunternehmern Auskunft zu gewähren und die Fertigstellung der Bauten um diejenige Zeit zu verlängern, welche der Kampf im Baugewerbe dauert.
3. Die Mitgliedsfirmen, die Bauarbeiten in eigener Regie ausführen, sollen die Arbeit nach Möglichkeit gänzlich einstellen oder nur dann zur Ausführung bringen, wenn es sich um dringend notwendige Reparaturarbeiten handelt.
4. Zur materiellen Unterstützung der baugewerblichen Orts- und Bezirksverbände wird beschlossen, einen Unterstützungsfonds zu schaffen. Der Ausschuss beschließt, die Mitgliedsfirmen unter Mitwirkung der betreffenden Bezirks- und Ortsverbände dringend zu bitten, zu diesem Fonds Mk. 1 — pro Mk. 1000 — der 1909 gezahlten Jahreslohnsumme beizusteuern. Zahlungen sollen gerichtet werden an die zuständigen Bezirks- und Ortsverbände, welche die eingehenden Gelder unverzüglich an die Deutsche Bank, Depositenkasse C, Berlin W., Potsdamerstraße 134a unter dem Konto: Unterstützungsfonds für das Baugewerbe weiterzuleiten haben.

Auch der Ausschuss der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, mit welcher der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände kartelliert ist, hat einstimmig beschlossen, das Baugewerbe in ähnlicher Weise zu unterstützen und will dabei mit dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände Hand in Hand gehen. Der Kartellausschuss, welcher aus Vertretern der beiden Arbeitgeberzentralverbände, der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände besteht, soll mit Zustimmung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vor Beendigung des Kampfes gehandelt werden, damit bei Feststellung der neuen Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe auch die Interessen der Industrie und der übrigen Gewerbe nach Möglichkeit gewahrt werden.“

Die Lage springt also auf die alten Fasse; die Millionen der Großindustriellen werden in den Unterstützungsfonds fließen, ob offiziell oder nicht, bleibt sich schließlich ganz gleich. Die jetzt für die Unternehmer eingeleitete Unterstützungsaktion wirkt sehr erheitend, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Herren schon genau ausgerechnet hatten, daß die 22 000 Unternehmer des Arbeitgeberbundes weniger effizient, als die 400 000 Bauarbeiter, die nach dem Willen der Herren brotlos werden sollten, und erstere infolgedessen den Kampf länger ohne Unterstützung aushalten könnten, wie die Arbeiter.

Die am 19. April in Berlin versammelten Arbeitgeber wollen den Kampf solange durchführen, bis er zu einem vollen Siege der Arbeitgeber geführt hat. Die deutsche Arbeitgeberzeitung schreibt, der Arbeitgeberbund befände sich in der Lage eines „angreifenden Heeres“, ein Zurück dürfe es jetzt unter keinen Umständen geben. Für die Herren handelt es sich um eine Machtprobe, für die sie jetzt die günstigste Zeit für gekommen glauben.

Der Arbeitgeberbund will „einen Kampf bis zum Weißbluten“. Das zeigen ja deutlich die Vermittlungsversuche, die in den letzten Wochen von einer Anzahl Stadtverwaltungen und auch von staatlichen Behörden unternommen worden sind. Selbst in den

Orien, wo sich die Arbeitgeber mit ihren Arbeitern über Lohn, Arbeitszeit usw. geeinigt haben, verbietet der Arbeitgeberbund den Abschluß von Verträgen. Auf eine Einladung der Stadt Frankfurt zur Anbahnung von Einigungsverhandlungen antwortete der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes noch am 29. April: „... Wir danken Ihnen für Ihre Bereitwilligkeit, die Differenzen im Baugewerbe beseitigen zu helfen, bedauern aber im gegenwärtigen Stadium weder unseren Frankfurter Verband ermächtigen zu dürfen, dort mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, noch an solchen Verhandlungen selbst teilnehmen zu können.“

Nun findet man vielfach auch in Arbeiterkreisen die Ansicht vertreten, daß die Aussperrung ein Schlag ins Wasser sei und deshalb der Kampf in wenigen Wochen beendet sein würde. Das ist aber eine große Täuschung. Wer das glaubt, unterschätzt doch die Machtmittel, die dem Arbeitgeberbunde zur Verfügung stehen und die er mit aller Rücksichtslosigkeit anwenden wird. Zweifellos wird das Bestreben des Bundes, durch die Verhängung der Materialsperrung die Aussperrung zu erweitern, in vielen Fällen Erfolg haben. Geben wir uns also nicht der Täuschung hin, als ob der Kampf in absehbarer Zeit beendet würde. Die Scharfmacher haben im Arbeitgeberbunde die Leitung in den Händen. Ihr Ziel ist die Vernichtung des Einflusses der Arbeiterorganisationen auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Vernunftgründen sind diese Herren nicht zugänglich. Die Bauarbeiter befinden sich in der Abwehr, das steht fest, trotz aller Versuche des Arbeitgeberbundes, die Schuld am Kampfe den Arbeitern aufzuhalsen. Es ist nicht wahr, daß der Arbeitgeberbund den Kampf im Interesse „des gesamten Bürgerstandes“ führt. Einzig und allein die überspannte Machtpolitik des Bundes und vielmehr noch das seiner Hintermänner ist Ursache des Kampfes, für den der Bürgerstand und die kleinen Bauunternehmer die Kriegskosten zahlen müssen. Das stellt in Nr. 18 auch die „Allgemeine Rundschau“ fest, die schreibt: „Wenn die Bauunternehmer doch anerkennen wollten, daß sie nur von der schweren Industrie als Versuchssobjekt und Kanonensputter mißbraucht werden sollen.“ Kanonensputter sollen auch die Bauarbeiter sein, damit, wenn diese eine Niederlage erlitten haben, die Herren um Bud, Kirdorf und Tille desto leichter nach Velleben mit der übrigen Arbeiterschaft umspringen können. Eine Niederlage der Bauarbeiter zu verhindern, daran hat also die gesamte deutsche Arbeiterschaft ein sehr großes Interesse.

Die Arbeiterschaft hat kein Interesse an Machtkämpfen. Sei ihr handelt es sich einzig und allein darum, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, wie sie der Stellung, die die Arbeiterschaft im Produktionsprozess einnimmt, entsprechen. Die Arbeiterschaft verlangt bei Abschluß des Arbeitsvertrages als gleichberechtigter Vertragskontrahent zu gelten, der Arbeitgeberbund will einseitig die Vertragsbestimmung diktiert.

Das können die Bauarbeiter nicht zugeben und wenn der Kampf noch so schwierig wird. Die Forderungen des Arbeitgeberbundes können abgewehrt werden, wenn jetzt, wo der Arbeitgeberbund, pochend auf die ihm gespendeten Millionen, die Ausbagerung der Bauarbeiter vorzunehmen will, auch die Solidarität und Opferwilligkeit der gesamten Arbeiterschaft sich bewährt.

Die Geschicklichkeit der Hand.

Von Direktor Brecht-Deinold,
Direktor der Höheren Fachschule und der Mittl. Gewerbeschule.
Der berühmte englische Chirurg Frederick Treves weiß in einer englischen Zeitschrift darauf hin, daß die Vorherrschaft der Maschine den Verfall der menschlichen Rasse herbeiführt. Es ist auch wohl anzunehmen, daß der unskultivierte Mensch schärfer sah und hörte und auch leichtfertiger und gewandter war als die gegenwärtigen kultivierten Zeitgenossen. Die bewundernswürdige manuelle Geschicklichkeit unserer Vorfahren scheint bei uns, den degenerierten Nachkommen, verloren zu gehen. Die Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Stichtmaschinen usw. tragen in diesem Rückgang der Geschicklichkeit der Hände bei, wenn es uns auch mit Stolz erfüllen muß, daß man beispielsweise 16 Maschinen braucht, um das herzustellen, was der Mensch vordem mit seinen beiden Händen vollbrachte.

Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß sich die Stangen des Verbandes deutscher Rundgewerbetreibende in gleicher

Richtung bewegen, wenn auch die Tatsache selbst eine andere Motivierung erfährt. „Unsere ganze Erziehungsmethode hat sich leider beinahe ausschließlich auf das Geistige beschränkt und hat die Entwicklung des Auges und der Hand und damit des Geschmacks vernachlässigt.“ Der Verband richtet deshalb sein Bestreben auf allgemeine Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den allgemeinen Schulen (besonders Volksschulen). Die Schulwerkstätten werden gleichfalls als ein Hilfsmittel und Bildungsmittel für den Nachwuchs im Kunstgewerbe betrachtet. Es ist also keineswegs auf eine Beiseiteziehung der Meisterlehre abgesehen, sondern auf deren Ergänzung. Daß an unseren deutschen Fachschulen Werkstätten für Vollendungsarbeiten nicht fehlen dürfen, ist eigentlich selbstverständlich. An die besten Schulen dieser Art sind Werkstätten angegliedert, z. B. an die Schlosserschule zu Hofweil, Klempnerschule zu Aue, Tischlerschule zu Detmold usw. Und zwar geschah dies lange vor der Zeit, in der man nun wieder auf die Idee kommt, Aug' und Hand zu üben. In der Zeit der Wiener Rillen- und Quadratstile wurde das Heil in der Flachemirung des Materials gesucht, weniger in kunstgerechter, die Geschicklichkeit der Hand fördernder Bearbeitung. Heute hat man sich an den Rillen und Quadraten satt gesehen. Man darf heute schon wieder schweifen, schnitzen, dreheln, kröpfen, ohne gleich als Keger verdrieht zu werden. Diese Bestrebungen, die darauf hinarbeiten, die mannliche Geschicklichkeit zu heben, müssen schon darum gefördert werden, weil durch sie die Handarbeit an Beachtung und Wertschätzung gewinnt. Das Publikum muß auf die Bedeutung guter, kunstgewerblicher Handarbeit hingewiesen werden. Man sage nicht, es lohnt sich nicht, es muß alles billig sein. Mit dem billigsten kann man doch nicht konkurrieren. Darum muß besonders der kleine Fabrikant und Tischlermeister auf Qualitätsarbeit sehen. Eine mir bekannte Dame zeigt beispielsweise jedem Besucher ihre Schrankablässe mit doppelten Fingern, die immer aufs neue Bewunderer finden, was für den Tischlermeister eine kostbare Besondere ist, da jedesmal nach dem Künstler gefragt wird, der die Schränke gebaut hat. Bei der Einrichtung eines Hotels wurden zwei große Firmen beauftragt, die Fremdenzimmer einzurichten und zwar lag der Ausführung bei beiden Firmen ein und derselbe Entwurf zu Grunde. Buchenholz mahagoniförmig behandelt. Die Firma A polierte erst aus und härtete dann die Flächen matt. Die Firma B ließ mit Politur ein, legte aber kleine Holzleihen mit Gold ab, was den Möbeln ein freundliches Aussehen verlieh und blendete. Der Unterschied in der Bearbeitung wurde aber bald erkannt und führte zu Differenzen mit B, während A mit weiteren Aufträgen bedacht wurde. Ein Hauptübelnis der Qualitätsarbeit bilden die Substitutionsen. Doch wird es den vereinten Kräften der Handwerker und Kunstgewerber mit der Zeit gelingen, dem Guten zum Siege zu verhelfen. Ein Mitarbeiter ist dem Kunstgewerbe und Handwerk in dem deutschen Verband erwachsen, der in der Presse und bei Redaktionen gegen „Schon und Schund“ auftritt und für Förderung der Qualitätsarbeit mit allen Mitteln eintritt.

Gelingt es, Aufklärung über Qualitätsarbeit allgemein zu verbreiten, dann wird die Kunst der Hand im Werte steigen und damit auch die mannliche Geschicklichkeit anderer handwerklicher Nachwuchs wachsen und wir werden bald wieder unsere Freude erleben an den Meisterstücken echter deutscher Tischlerkunst. Die Möglichkeit zu dieser Entwicklung liegt vor, da ja von verschiedenen Korporationen mit erstem Willen und zielbewusst gearbeitet wird. So wäre denn die Klage über den Niedergang der mannlichen Geschicklichkeit wenigstens im Handwerk als eine vorübergehende Erscheinung zu betrachten, die zu beheben möglich ist und hoffentlich nicht bald möglich wird.

Stimmen zum Verbandstage.

Nur zwei Gedanken: 1) Wäre die Einführung von Staffelbeiträgen in unserem Verbands nicht durchführbar? — 2) Könnte nicht die Pflicht der Beitragsleistung während der Dauer eines Streiks, bei Arbeitslosigkeit und Krankheit aufgehoben werden? Dem ersten Gedanken werden gewiß die Kollegen aus den ländlichen Poststellen das größte Interesse entgegenbringen. Zur zweiten Frage dürfte sich eine Begründung erübrigen.

Wilhelm Felder-Siegburg.

Anmerkung der Redaktion. Obwohl es sonst nicht die Gepflogenheit der Redaktion ist, zu den Meinungsäußerungen zum Verbandstage Bemerkungen zu machen, sieht sie sich diesmal vor die Notwendigkeit gestellt. Die erste „Stimme zum Verbandstag“ ist geeignet, die Diskussion auf ein Gebiet zu lenken, auf dem für die Entwicklung des Verbandes und damit auch für die Wahrnehmung der Interessen der Kollegen gar nichts zu erwarten ist. Wenn wir eine unfruchtbare Diskussion herbeiführen wollen, dann ist dafür nichts geeigneter, als die Frage des Staffelbeitrages „im Interesse der ländlichen Poststellen“. Daß jemals die Zeit kommt, wo der Verbandsbeitrag so gestaffelt wird, daß die niedrigeren Sätze sich unter 50 Pfg. pro Woche bewegen, wird doch erstlich kein Kollege glauben. Einen derartigen Rückschritt darfs in unserer Bewegung nicht geben. Die Vorschläge zur Staffelform der Beiträge müssen daher schon anders geartet sein. Zieht man die Leistungsfähigkeit der Kollegen in Betracht, so ist ein Streit über die Höhe des Beitrages nichtig, da alle Poststellen bisher schon die Gelegenheit hatten, über 50 Pfg. hinaus zu rufen. Eine Diskussion über die Staffelform ist nur von praktischem Wert, wenn sie erstens den Wochenbeitrag von 50 Pfg. als Minimum der Beitragsleistung festhält, zweitens die Grundsätze, die bei der Beitragszumessung maßgebend sein sollen, erkennen läßt, drittens die praktische Regelung des Verwaltungs- und Unterstützungswezens in Berücksichtigung zieht. Gält man aber den heute bestehenden Zustand der Staffelform durch Lokalbeiträge für angebracht, dann ist vielleicht eine Diskussion (selbstverständlich mit praktischen Vorschlägen) über die Beseitigung der damit verbundenen Ungleichheiten angebracht. Fahren man aber bitte nicht den „Wagen“ auf ein „toles Geleise“.

Der zweite Gedanke, den Kollege Felder zum Ausdruck bringt, hat bereits den Zentralvorstand beschäftigt. Da auch eine Anzahl diesbezüglicher Anträge bereits eingelaufen sind, dürfte die Angelegenheit auf dem Verbandstage zur Zufriedenheit aller Kollegen geregelt werden. Eine Debatte darüber wird eine Beeinflussung der Beschlüsse des Verbandstages kaum noch bringen.

Die krenzende Frage, die den Verbandstag beschäftigen dürfte, ist unzweifelhaft die: Wie verschaffen wir dem Verbands eine Entwicklung, die ihm ein achtunggebietendes Aussehen in der deutschen Arbeiterbewegung gewährleistet und die geeignet ist, dem Verbands in allen Kämpfen der Zukunft den Sieg zu verhelfen? Wer dazu dem Verbandstage wirklich brauchbare Gedanken geben kann, verdient sich den Dank aller Kollegen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. März fällig ist.

Einige Poststellen sind mit der Abrechnung für 1. Quartal noch im Rückstande. Wir bitten die betreffenden Lokalverwaltungen, die Abrechnung nunmehr sofort zu ledigen.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 28818 den Namen Josef Badzorski lautend. Das Buch ist ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist ferngehalten von

Schreibern und Maschinenarbeitern: Kadenbach, (Krohn & Co.).

Tarifabschluß in Elm a. D. Vor dem Einigungsamt Gewerbegericht kam es ohne Schiedspruch zu einer Einigung über den zu erneuernden Tarifvertrag im Holzgewerbe. Verhandelt wurde u. a.: Eine Arbeitszeitverkürzung von je einer Stunde pro Woche, jetzt und am 1. Mai 1912. Die Stundenlöhne werden allgemein erhöht, sofort um 3 Pfg., vom 1. Mai 1911 um 1 Pfg., am 1. Mai 1912 um 2 Pfg. und 1. Mai 1913 um 1 Pfg. pro Stunde. Der Mindestlohn Arbeiter über 23 Jahren wird sofort von 40 auf 42 Pfg. am 1. Mai 1911 auf 43 und am 1. Mai 1913 auf 44 Pfg. pro Stunde erhöht. Der Vertrag ist abgeschlossen bis 15. Februar 1914. Der kritische Punkt der Garantie des Stundenlohnes bei Akkordarbeit wurde durch folgenden Passus erledigt: „Bei Akkordarbeit wird für die jeweilige Anfertigung eines neuen Kuffers der tatsächliche Stundenlohn garantiert. Hierauf wird der Akkordpreis für dieses vom Arbeitgeber und vom Arbeiterausschuß gemeinsam gesetzt. Sodann wird nur der für den Arbeiter maßgebende Mindestlohn garantiert.“ Ferner wurde festgelegt, daß Arbeitern, welche am Orte in Neubauten oder Umbauten arbeiten, der bisherige Zuschlag zum Stundenlohn von 3/4 Pfg. pro Stunde sich erhöht und daß die Lohnermäßigung auf die Akkordpreise sinngemäße Anwendung finden. Stattgefunden eine allgemeine Holzarbeiterversammlung, wozu getroffenen Vereinbarungen einstimmig am.

Tarifabschluß zu Frankenstein (Schleien). Das Jahren erstrebte Ziel, auch im hiesigen Tischlergewerbe ordentliche 66 stündige Arbeitszeit zu verzeichnen, eine Verbesserung der Löhne und einheitliche Preise für gleichartige Arbeiten bei den hiesigen Meistern zu bekommen, ist nun erreicht worden. Am 28. April erfolgte der Abschluß eines Tarifvertrages mit der hiesigen Tischlerinnung, der die Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich 4 resp. 6 Stunden, eine 15%ige Erhöhung der Löhne, Akkordarbeiten in Bau und Möbel die Festsetzung einheitlicher Preise in ca. 90 Positionen, Bezahlung der Ueberstundenregelung der Montagezulage usw. bringt. Hierdurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen um ein

Streik und Moral.

Der unglückselige Kampf, der nunmehr schon seit Jahren zwischen christlichen Gewerkschaften und Fachvereinigungen zum größten Schaden für eine einheitliche christliche Arbeiterbewegung und darüber hinaus bei uns nicht, hat eine ihrer hauptsächlichsten Ursachen in der verschiedenen Auffassung von „Streik und Moral“, der sittlichen Erlaubtheit der Arbeitsunruhe. Die Ansichten der Vertreter der Fachvereinigungen hat vornehmlich der Generalsekretär der katholischen Arbeitervereine der Diözese Triest, J. Treiz, in seiner Rede zum 28. April 1909 wiedergelegt. Mit den hier entwickelten Gedankengängen begann mit der Frage der sittlichen Erlaubtheit der Arbeitsunruhe befaßt sich in der Zeitschrift „Zeitschrift für katholische Theologie“ (1910, S. 236—267) der als Expeditors weit anerkannte Jesuitenpater Prof. J. Wiederlind. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der hier in Rede stehenden Frage glauben wir: nur der Sache zu dienen, wenn wir die Ergebnisse der Untersuchungen Prof. Wiederlinds unseren Kollegen zur Kenntnis bringen.

Genau Treiz' Gedankengänge über den Zusammenhang von Streik und Moral glaubt Prof. Wiederlind „mit klaren und klugen und zugleich überzeugenden Worten so auszudeuten zu können“:

Der Streit ist, falls er eine gerechtfertigte, ist möglich jeder Arbeitsunterbrechung der Arbeit ist, falls er besonders gewichtige Interessen oder Ziele einschließt und bezieht, falls er sich auf andere Weise (Beschwerden von Seiten anderer Arbeiter usw.) begründet werden, den Charakter von Verzögerung des Arbeitsganges an sich. Er darf nur den Arbeitern dann allerdings zur Anwendung gelangen, wenn sie von ihren Arbeitgebern Unrecht leiden. Oder, was das gleiche ist, zur Geltung und Geltung gewordener Arbeitsbedingungen darf allerdings der Streik herangezogen werden; jedoch es ist aber nur zur Befreiung der schon gewöhnlich gewordenen Arbeitsbedingungen, kann ist der Streik als Mittel und zweckmäßiges Mittel angesehen.

Noch enger schließt „Der Arbeiter“ (Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine, Sieb Berlin 1910, Nr. 8) den Streik ein, wenn er den Streik zu „kann, wenn

„1. eine ganz offensichtliche Verletzung unveräußerlicher Rechte vorliegt, welche die Arbeitspflicht selbst bedingen und auf Seiten der Beschäftigten zugleich mit sittlichen Pflichten verbunden sind, deren Befreiung aber für den Arbeitgeber nicht dem Ermessen überlassen ist, wenn 2. die politische Autorität ihre Hilfe verweigert, 3. kein anderes Mittel der Abhilfe offen liegt, 4. kein größeres Gut verlegt wird und 5. Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Bloße finanzielle wirtschaftlicher Art rechtfertigen dagegen nie den wirtschaftlichen Kampf und die Ausschreitung der Erfüllung der durch den Kampf und das göttliche Gebot begründeten Arbeitspflichten.“

Diese Meinung, so legt Wiederlind näher dar, steht im Widerspruch zu der Ansicht sämtlicher Moralisten, „in deren Werke ich Einsicht nehmen konnte und die über unsere Frage sich äußern“, so von Lehmann, Bernierich, Rollin, Clemens Marx, Gémont, Willems, Göpfert, Ferreres, Berardi. Sie behaupten das Gegenteil von dem, was Treiz beweisen möchte. Weiter schreibt er dann:

Die bezogene Aufzählung der Moralisten ist ja allerdings schon geeignet, den Leser gegen die neue von Treiz aufgestellte Ansicht einzunehmen; ja für jene, welche als minderwertige Theologen — von den Laien gar nicht zu sprechen — sich ein selbständiges Urteil über die innere Begründung der zu befolgenden Sittensätze nicht zu bilden vermögen und daher auf die Autorität der Theologen angewiesen sind, ist die ganze Frage bereits gelöst. Sie werden mit Recht ihr Urteil sich so bilden: Eine Meinung, für welche alle Theologen, die die betreffenden Fragen behandeln, einstehen, muß ohne Zweifel als zentrale (das heißt maßgebende) angesehen werden. Wenn sie die gegengläubige Meinung nicht ein einziger Theologe sich anmaßt, ist es gewagt, ihr noch eine Probabilität (Möglichkeit) zuzuschreiben.

Prof. Wiederlind betont im Anschluß daran, die Beweisführung des Herrn Treiz leide an einem zweiseitigen Fehler: „Er vernachlässigt... die elementare Unterscheidung zwischen Arbeitspflichten und Arbeitsbedingungen und damit behält er auch die unter diesen Umständen obliegenden Arbeitspflichten ganz unberücksichtigt.“ Ist es nun eine Verletzung einer Arbeitspflicht, eine Verletzung der Arbeitspflicht, wenn durch eine gemeinsame Arbeitsunterbrechung der Arbeitgeber in eine Notlage gerät, da er keine Arbeiter und sonstigen Arbeitsverhältnisse unberücksichtigt lassen muß und ihn dadurch vielleicht sogar

bedeutender Gewinn entgeht? Treiz vertritt offenbar die Meinung und Wiederlind hält sie für falsch. Durch Gerechtigkeit sind die Arbeiter nur bis zum Ablauf Arbeitsvertrages verpflichtet; zur Fortsetzung der Arbeit in diesen Termin hinaus oder zur Erneuerung des Arbeitsvertrages verpflichtet sie der frühere Vertrag nicht.

Wer behauptet, die Gerechtigkeit verpflichte die Arbeiter Erneuerung des Arbeitsvertrages, weil der Arbeitgeber im Falle der Nichterneuerung „in Rot“ gerate, selbst angenommen, daß sich um den Abgang eines sehr hohen Gewinnes handelt, ist eine unabhängig von dem Kontrakt bestehende Arbeitspflicht, die Haupten dem Nächsten zur Hintanhaltung eines ihm drohenden großen Verlustes hilfreich zur Seite zu stehen. Gewiß verpflichte die christliche Liebe unter gewissen Umständen dazu.

Eine Arbeitspflicht könne aber nicht daraus konstruiert werden. Wie aber kommt Herr Treiz zu dieser Verwechslung von Rechts- und Liebespflicht? Antwort: „Wenn nicht ein täuscht, ist der Ausdruck oder Begriff „Gewalt“ daran schuld. Die Arbeiter üben Gewalt, wenn sie einen Streik beginnen einen Druck aus, oft einen sehr unangenehmen Druck; sie beschließen diesen Druck und wollen durch ihn ihr Ziel erreichen ein solches Vorgehen könne man, wenn man wolle, „Gewalt“ nennen. Aber, „dann hat man auch, um theologisch richtig zu denken und sich auszudrücken, zwischen gerechtem ungerechtem, erlaubtem und unerlaubtem Gewaltanwendung unterscheiden.“

Herr Treiz lege nicht nur der Pflicht, den Arbeitgeber durch den Streik in große Verlegenheit kommen, durch Fortsetzung der Arbeit vor dem Gewinnverlust zu schützen den Charakter einer Arbeitspflicht bei; er behalte auch etwas bestehende Liebespflicht viel zu weit aus. Darin läßt sich Prof. Wiederlind folgendermaßen aus:

Gewiß besteht die Pflicht, dem Nächsten, welcher sich in äußerster Not befindet, beizustehen, um ihn aus derselben zu befreien oder ihr zu bewahren. Man gerät denn wohl ein Arbeitsvertrag durch eine geforderte Lohnermäßigung in eine solche Not (Notlage)? In den allermeisten Fällen geraten die Arbeiter durch den Streik längst noch nicht in eine solche Not, welche den Moralisten als äußerster Not bezeichnet wird. Gewiß sind jedoch die Zeiten des Streiks dem Arbeitgeber sorgenvolle Zeiten und diese vielleicht auch schlaflose Nächte, sowie entgehenden Gewin-

teuendes gebessert worden; ein gutes Zeugnis für die Aktionsfähigkeit unseres Verbandes, der hier allein die Bewegung durchführte. Wenn früher hier arbeitende Kollegen meinten, eine Verbesserung der Verhältnisse sei ausichtslos, so zeigt der getätigte Tarifabschluß doch ohne Zweifel, daß überall dort Erfolge erzielt werden können, wo wenigstens einige Kollegen sich finden, die, überzeugt von der guten Sache, sie mit aller Ausdauer bis zur Erreichung des bestmöglichen Zieles arbeiten. Möge vorstehendes für viele Orte Schlesiens mit gleichartig gelagerten Verhältnissen ein gutes Beispiel sein. Darum mit Mut und Ausdauer vorwärts.

Die Arbeiter der Sägewerke in Konstadt (Schlesien) sind in eine Lohnbewegung eingetreten, um ihre niedrigen Löhne einigermaßen aufzubessern. Durch eine Statistik wurde festgestellt, daß der Durchschnittslohn aller erwachsenen Arbeiter 8.12,05 Mk. bei 67 stündiger Arbeitszeit wöchentlich beträgt. Um das Elend der Kollegen voll zu erkennen, sei mitgeteilt, daß nicht etwa sehr billige Lebensmittel usw. das Dasein einigermaßen erträglich gestalten, sondern daß hier nur die Parole gilt: Hunger und Entbehren. Kostet doch hier das Pfund Fleisch 80 Pfg., Butter 1,30 Mk., Milch 1 Liter 4 Pfg., das Pfund Schmalz 90 Pfg., Eier (Mandel) 75 Pfg., Brot (3/4 Pfund) 50 Pfg., eine Wohnung (eine Stube und eine Kammer) ca. 96 Mk. Durch festen Zusammenschluß in unserem Verbands wird eine entsprechende Aufbesserung möglich sein. Zur Zeit schweben Verhandlungen, welche ein gutes Resultat erwarten lassen, da die Kollegen zum größten Teil organisiert sind.

Aus den Verbandsbezirken.

Bezirkskonferenz Danzig.

Am 24. April fand in Danzig die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Dieselbe war von 26 Delegierten besetzt. Nur die Zahlstellen Gnesen und Heilsberg waren nicht vertreten. Gnesen hatte deswegen keinen Delegierten entsandt, weil die Lokalkasse streikt, während der Delegierte von Heilsberg erkrankt war.

Kollege Schopohl gab zunächst den Jahresbericht, der sich auf die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 1. April 1910 erstreckte. Der Bestand an Zahlstellen hat sich gegen das Jahr 1908 um 4 vermehrt. Begründet wurden Allenstein, Argonau, Königsberg, Heilsberg und N.-Lagorsch. Argonau ging wieder ein wegen zu großer Gleichgültigkeit. An verschiedenen Orten ist der Verband durch Einzelmisglieder vertreten. Unter der Wirtschaftskrise hatte auch der Danziger Bezirk zu leiden, jedoch war es bereits im 1. Quartal möglich, den Verlust wieder einzuholen. Zur Zeit ist die Mitgliederzahl gegen den 1. Januar 1909 bereits wieder um 30 gestiegen und steht zu erwarten, daß diese Steigerung in diesem Jahre so weiter fortschreitet. Wenn nur überall der Mitgliederwechsel mehr bekämpft würde. Es wird viel zu wenig Gewicht auf die Erhaltung der aufgenommenen Mitglieder gelegt. Aufgenommen wurden in der Berichtszeit 221 Mitglieder, davon in Danzig 75, Allenstein 44, Gutzstadt 22, Schönlanke 14 usw. Besonders in Danzig müsse der Vorstand darauf fassen, wie der Mitgliederfluktuation vorgebeugt werden könne. Die Zahlstelle Posen trat ab 1. Oktober zum Breslauer Bezirk über. Leider komme es immer noch vor, daß einzelne Zahlstellen keine Werkstattverzeichnisse anfertigen. Ohne eine solche Unterlage sei es aber unmöglich, erfolgreich die Agitation zu betreiben. Auch müsse mehr auf die einzelnen Branchen gesehen werden. Es sei bedauerlich, daß einzelne Zahlstellen sich nicht im geringsten um die Tapezierer, Stelmacher usw. kümmerten. In Vorstandssitzungen müßten diese Fragen mal erörtert werden.

Wenn Enigung ihm schmerzhaft, aber keineswegs verhängnisvoll wird. Die oben angegebenen Autoren beschäftigen bei der Behandlung der stillen Erlaubtheit des Streiks an allererster Stelle die Tugend der Gerechtigkeit, die Tugend der christlichen Liebe erwähnen manche gar nicht, die anderen kaum mit einigen Worten. Der Grund liegt ohne Zweifel darin, daß sie eben die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse vor Augen haben. Sie offenbaren sich dadurch als Kenner des heutigen wirtschaftlichen Kampfes, in welchem auf der einen Seite die Kapitalträger stehen, die auch einen bedeutenden Augenblick durch den Streik ihnen entgehenden Gewinn bald wieder durch einen andern vielleicht noch höheren Gewinn weit zu machen imstande sind, und denen die von den Streikenden verlangte Lohnherabsetzung den Gewinn ja wohl einigermaßen schmälert, aber doch nicht ganz nimmt, während auf der andern Seite die auf ihren Tagelohn angewiesenen Arbeiter leben. Sehr eingehend stellt Treitz die Ausichtslosigkeit des wirtschaftlichen Kampfes gerade für die Arbeiter und die Möglichkeit, durch Kampf zum Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gelangen, dar. Nach ihm soll der Staat dem wirtschaftlichen Kampfe ein Ende machen. Alle diese Bemerkungen sind recht schön und gut. Aber sollte Treitz wirklich ein solches Maß von Optimismus besitzen, daß er von unseren heutigen Machthabern eine lediglich das allgemeine Beste des Staates und des Volkes bezweckende Beendigung des wirtschaftlichen Kampfes zu erhoffen wagt? Besteht in dessen, er bestreite tatsächlich ein solches Ausnahmemaß von Optimismus, würde ihn dies berechnen, den andern, die sich zu demselben nicht entschwingen, die aus seinem Optimismus sich ergebenden Verhaltensmaßregeln als von allen zu beobachtende Sittenvorschriften aufzubürden? Die obengenannten Moralisten erörtern die mannigfaltigen auf die Zahlstellen bezüglichen Fragen für die heute noch vorliegenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Demnach liegt kein Grund vor, ihre Ansichten als nicht geltend darzustellen.

Im Schlusswort betont Prof. Biederlack, um einer falschen Auslegung seiner Absichten vorzubeugen, er wolle mit seinen Ausführungen keineswegs die Streikverträge fördern. Er schließe sich selbstverständlich rüchellos den Moraltheologen, die vor dem Streik warnen, an. Seine Absicht war, „falschen und unhaltbaren Auffassungen, welche notwendig Gewissensverwirrung herbeiführen, entgegenzutreten.“ „Es handelt sich um die Wahrheit. Denn nur der Wahrheit, nicht aber der Ueberzeugung oder Entstellung, würde die Verheißung zuteil, daß sie uns frei mache.“

An Unterstützungen wurde in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1909 verausgabt 2152,93 Mk. Hiervon nimmt die Arbeitslosenunterstützung die erste Stelle ein.

Lohnbewegungen wurden in Danzig, Oliva und Gnesen mit Erfolg geführt. Zur Zeit stehen Danzig, Poppo und Allenstein in Verhandlungen. Das sich bessernde Wirtschaftsleben werde in den verschiedensten Orten für die Kollegen Lohnbewegungen bringen. Dieses müsse in agitatorischer Beziehung besser ausgenutzt werden.

An den Jahresbericht schloß sich die Berichterstattung der Delegierten, aus der mitgeteilt sei, daß in Allenstein eine äußerst günstige Konjunktur ist. Dort wird die große Gewerbeausstellung gebaut und ist den wandernden Kollegen zu raten, ihre Schritte auch einmal nach Allenstein zu lenken. In den anderen Orten beginnt ebenfalls eine rege Bautätigkeit, welche zur Zeit etwas zurück gehalten wird durch die Bauarbeiterausperrung.

Aus der anschließenden Diskussion, welche sich recht lebhaft gestaltete, war zu entnehmen, daß gegen die früheren Bezirkskonferenzen eine bedeutende Besserung in manchen Zahlstellen zu verzeichnen ist.

Sodann hielt Kollege Schopohl einen Vortrag über die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises in Danzig für den ganzen Bezirk. Beschlossen wurde, daß jede Zahlstelle freierwerbende Stellen und arbeitslose Kollegen sofort nach Danzig melden sollten. An Miete für das Arbeitsnachweislokal soll jede Zahlstelle pro Mitglied und Jahr 20 Pfg., Danzig I jedoch 25 Pfg. zahlen.

In einem kurzen Vortrag über Agitation wurden Richtlinien angegeben, wie die Agitation erfolgversprechend gestaltet werden kann. Auch hieran schloß sich eine kurze Aussprache.

In der Stellungnahme zum Verbandstag kam zum Ausdruck, daß der 50 Pfg.-Wochenbeitrag voll an die Zentrale abgeliefert werden müsse. Dafür solle dann die Zentrale bei Unterstützungen nicht mehr den Wochenbeitrag in Abzug bringen. Ein Antrag Danzig, das Verbandsorgan zu vergrößern, wurde zurückgezogen, nachdem mitgeteilt, was die Vergrößerung kosten würde. Die Delegierten waren der Ansicht, daß es besser sei, wenn die 15—20 Tausend Mark in Lohnbewegungen angewandt würden. Mit dem Verbandsorgan könne man ganz getrieben sein. Als Kandidaten für die Wahl der Verbandstagsdelegierten wurden die Kollegen Ferdinand Tregner-Oliva und Max Klein-Danzig vorgeschlagen.

Nach einem kurzen Schlusswort wurde mit dem Wunsche, daß im Herbst die Delegierten noch mal zu einer Konferenz zusammenzutreten, die Bezirkskonferenz mit einem Hoch auf die ausgesperrten christlichen Bauhandwerker geschlossen.

Bemerkung: Wäre es nicht auch in unserem Verbands möglich, daß auf den Bezirkskonferenzen ein Vertreter des Hauptvorstandes amwesend wäre? Dort könnte der Hauptvorstand am besten ein Bild über die Lage im Bezirk erhalten. Vielleicht beschäftigt sich der Verbandstag auch einmal mit der Frage der Bezirkskonferenzen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Freinsohl. In unserem Dorfe wurde, gemäß dem Wunsche einer Reihe von Kollegen, am Sonntag, den 1. Mai, nach einem Vortrage des Kollegen Schid-Boschum eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Zunächst sind die hier beschäftigten Schreiner und Drechsler dem Verbands begetreten. Für die Holzschleifer und Zellstoffarbeiter wird demnächst eine besondere Versammlung in Deventrop abgehalten werden, da auch die dort beschäftigten Arbeiter den Organisationsgedanken bereits erfasst haben. Somit wird mit dem sprossenden Reinegrün im Sauerlande nun auch endlich ein reges Organisationsleben erblühen und unserem Verbands neue Mitglieder zuführen.

Hüsten. Auch hier sind die Kollegen wieder erwacht und haben sich zu neuer Organisationsbetätigung aufgerafft. In der am Sonntag, den 1. Mai stattgefundenen Versammlung wurde nach einem Vortrage des Kollegen Schid-Boschum eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. 16 Kollegen traten sofort bei. Leider war die Versammlung zu einer ungeliebten Zeit anberaumt, wo die meisten Kollegen nicht erscheinen konnten; jedoch wurde versichert, daß die Kollegen alle gewillt seien, beizutreten. Ebenfalls werden sich die Reheimer Kollegen anschließen. Nach Wahl eines provisorischen Vorstandes wurde beschlossen, die nächste Versammlung am Samstag, den 7. Mai, abzuhalten und werden dazu alle Kollegen einzeln eingeladen werden. Nun, Kollegen von Hüsten und Reheim, ist der Grundstock für eine neue Zahlstelle gelegt, jetzt sorgt auch dafür, daß es vorwärts geht. Gleichzeitig wurde in der Versammlung in Hüsten die Gründung einer Zahlstelle des christlichen Malerverbandes angeregt und wollen unsere Kollegen auch dafür sorgen.

Winterberg. Jetzt hat auch hier in Winterberg, auf dem höchsten Punkte des Sauerlandes und direkt an der Quelle der Ruhr gelegen, unser Verband seinen Eingang gefunden. Dank den eifrigen Bemühungen einiger jugereifter Verbandskollegen konnten wir am Samstag, den 30. April, eine Versammlung abhalten, in welcher Kollege Schid-Boschum uns einen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation hielt. Sämtliche anwesenden Kollegen ließen sich aufnehmen, sodaß mit einer Zahl von 14 Kollegen die Zahlstelle Winterberg gegründet werden. Die noch fehlenden Kollegen, zirka 20, werden bald folgen. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt die Kollegen Kern als Vorsitzender, Schäfer als Kassierer und Wahle als Schriftführer. Wenn auch Winterberg, als der Ort der Ruhr-Quelle, bisher nicht die Quelle für die Entwicklung unseres Verbandes im Ruhrgebiet war, so wird doch von hieraus demnächst der Organisationsgedanke in das obere Sauerland getragen werden. Kollegen von Winterberg, haltet nun fest an Eurem Verbands und sorgt dafür, daß derselbe weiter erstarkt!

Korbmacher.

Strickfeld. Auf vielfeitiges Verlangen fand am 17. April hier eine öffentliche Korbmacherversammlung statt, in welcher Kollege Hed aus Mannheim referierte. Hedner schilderte aus eigener Erfahrung die großen Mängel im Korbmacherberufe und das geringe Interesse der Korbmacher an einer Verbesserung ihrer Lage. Er führte die großen Differenzen zwischen Anfertigungs- und Verkaufspreisen der Körbe an. Der Gewinn, der heute noch in der Korbwarenbranche erzielt werde, beweise, daß auch die Korbmacher ein sicheres Recht auf Verbesserung ihrer Löhne hätten. Nur dadurch würde den Korbmachern (Geheimarbeitern) die Ein-

haltung einer kürzeren Arbeitszeit, die heute meistens noch 12 bis 14 Stunden dauere, möglich. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei aber schon im Interesse des Familienlebens sehr nötig. Im weiteren Verlauf des Referats kamen die Verhältnisse in der hiesigen Sechshörsfabrik zur Besprechung. Die Entlohnung der Arbeiter sei heute noch nicht auf der Höhe, es liege jedoch nur an den Arbeitern, dort durch Ausbau der Organisation Wandel zu schaffen. Was dem Einzelnen nicht gelingen könne, werde der organisierten Gesamtheit der Kollegen möglich sein. Andere Berufsgruppen seien da längst mit gutem Beispiel vorangegangen. Hedner fordert jeden Kollegen auf, sich dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter anzuschließen, welcher auch in hiesiger Zahlstelle durch den gemeinsamen Bezug von Weiden und durch seine Unterstützungen schon vieles geleistet hat. Darum, ihr Kollegen, die ihr noch fernsteht, macht einen Versuch, es wird keinem zum Schaden sein, und denke jeder: Wir wollen treu zusammenstehen, einer für alle und alle für einen!

Krankengeldzuschusskasse.

Mainz. Kassierer: Edmund Hohenadel, Schönbornstr. 10 IV.

Gewerkschaftliches.

Aus der Waggonbau-Industrie. „Ich bin kein Gegner der Verbände, aber ich bin der Ansicht, daß in meinem Betriebe keine Organisationen notwendig sind. In meinem Betriebe wird für die Arbeiterkassen bis in ihre Familien hinein gesorgt und da haben meine Arbeiter es nicht notwendig, sich zu organisieren.“ — So Herr Regierungsrat Schrey, der Direktor der Waggonfabrik in Danzig. Der Herr Regierungsrat muß es uns schon gestatten, daß wir anderer Meinung sind wie er, mit uns aber auch eine große Zahl der in der Waggonfabrik Danzig beschäftigten Arbeiter. Herr Regierungsrat Schrey sorgt für seine Arbeiter in einer Weise, die man mit den Worten bezeichnen kann: „Wir geben unsern Arbeitern Feste, damit sie ihr Elend vergessen.“ Oder ist es nicht ein Jammer, daß es Herrn Regierungsrat Schrey möglich ist, sich als Gegner des Koalitionsrechtes aufzuwerfen? Ist es nicht Terrorismus, wenn Herr Schrey ankündigt: „Wer sich organisiert, der ist mein Freund nicht mehr“; wenn er Fischer zu sich rufen läßt und ihnen ankündigt, sie hätten aus der Gewerkschaft auszutreten? Gegenwärtig mag es der Herr, der gleichzeitig Vorsitzender des „Bereins Ostdeutscher Industrieller“ ist, zu behaupten, er sei kein Gegner der Verbände, dabei leistet jener Verband den Scharfmachern im Baugewerbe treue Gefolgschaft. Wohlweislich werden die Behauptungen der Organisationsfreundlichkeit nicht in öffentl. Versammlungen aufgestellt, wo das Gegenteil bewiesen werden kann. — „In meinem Betriebe sind keine Organisationen notwendig. In meinem Betriebe wird für die Arbeiterkassen gesorgt.“ So der Herr Rat. Wir aber wollen keine Wohlthaten, wir wollen Rechte. Das Recht der Organisation ist nicht nur für die Industriellen da, sondern auch für die Arbeiterschaft. Wie ein Hohn klingt es, daß freie Männer derartig sich ihre Staatsbürgerrechte beschneiden lassen: Wie lange noch will die Arbeiterschaft sich derartig behandeln lassen? Wann endlich wird sie dieses Joch, welches auf ihr lastet, welches dem „Wohltäter“ schon so manchen kräftigen Fluch eingebracht hat, abschütteln. Herr Schrey aber, der sich sonst so gern als national gebildet, handelt sehr antinational durch seine schroffe Stellung gegen den Organisationstrieb seiner Arbeiter. Die Erbitterung ist nachgerade hoch genug gestiegen. Die Saat geht für die Sozialdemokratie auf. Auf die Dauer läßt sich die Arbeiterschaft eben nicht entrechtchen.

Soziale Rundschau.

Genossenschaftliches. Der Konsumverein für Werden und Umgegend hielt am Sonntag, den 24. April in Werden eine aus allen Filialbezirken gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab, in der über den Stand der Genossenschaft eingehend berichtet und für die Weiterentwicklung derselben sehr wichtige Beschlüsse gefaßt wurden.

Aus dem Bericht des Geschäftsführers ging hervor, daß die Genossenschaft in den sieben Monaten des laufenden Geschäftsjahres glänzende Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Filialen ist von 23 am Schlusse des letzten Geschäftsjahres auf 35 am 1. April gestiegen.

Das allseitige Vertrauen, welches der Genossenschaft aus den Kreisen der Konsumenten entgegengebracht wird, tritt durch die Uebernahme von 5 kleineren Genossenschaften, sowie die in den alten Filialbezirken neu gewonnenen Mitglieder und die Umschuldung klar in Erscheinung.

Seit dem 1. September v. J., dem Beginn des neuen Geschäftsjahres, hat sich der Konsumverein „Selbsthilfe“ in Gelsenkirchen, der Beamtenkonsumverein in Altenessen, der Konsumverein „Arbeiterwohl“ in Revinges, ferner zwei weitere Konsumvereine im Bottroper Bezirk mit dem Werdenr Konsumverein vereinigt. Neu eröffnet wurden in Essen zwei und in Borbeck und Seiligenshaus je eine Filiale. In Aussicht genommen ist noch die Uebernahme des allgemeinen Konsumvereins für Gladbeck und Umgegend, sowie die weitere Eröffnung von Filialen in Essen, Berge-Borbeck, Gelsenkirchen und Bottrop.

Die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder beträgt seit dem 1. September des Vorjahres 2573, sodaß die Gesamtzahl abzüglich der eingegangenen Kündigungen sich heute auf rund 7500 beläuft. Von den neu gewonnenen Mitgliedern entfallen 905 auf die übernommenen Vereine und 1673, die in den allen wie neu eröffneten Filialen gewonnen wurden.

Der erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl steht eine ebenso bedeutende Steigerung des Umsatzes gegenüber. Derselbe liegt im eigenen Geschäft von 718 269,04 M. in sieben Monaten des Vorjahres auf 1 128 821,53 M. im gleichen Zeitraum des laufenden Jahres.

Mit dem Lieferantengeschäft beträgt der Umsatz bereits 1912821,53 M., sodas bei anhaltender Steigerung des Umsatzes die Genossenschaft in dem laufenden Geschäftsjahr voraussichtlich 2 1/2 Millionen M. Umsatz erreichen wird.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Umsätze in den Filialen der übernommenen kleineren Vereine seit der Übernahme in einigen Monaten bis 78% gestiegen sind. Hierdurch dürfte das für manche Bezirke mustergültige Vorgehen im Ruhrgebiet ein Fingerzeig sein, mit der zu großen Zersplitterung durch Zusammenlegung der Vereine ein Ende zu machen.

Die Verwaltung hatte ferner, da die bisherige Zustellung der Waren für die einzelnen Filialen mittels Pferdefuhrwerk in den weitausgedehnten Bezirken schwerer durchzuführen war, ein Lastautomobil von 100 Ctr. Tragkraft angeschafft, was von der Generalversammlung freudig begrüßt und gut geheißen wurde.

Eine weitere, durch die große Ausdehnung der Genossenschaft zweckmäßig erscheinende Frage, betreffend Aenderung der bisherigen Firma, wurde ebenfalls einstimmig geregelt. Anstelle der bisherigen Firma, „Konsumverein für Werden und Umgegend“ wurde die Bezeichnung, „Rheinisch-Westfälischer Konsumverein „Wohlfahrt“ vorm. Werden & Umg. gewählt.

Nachdem noch bekannt gegeben wurde, daß die von der Bauarbeiterausperrung betroffenen Mitglieder durch Vorstöße weitgehend unterstützt werden sollen, wurde die in allen Teilen einmütig und interessant verlaufene Besammlung mit dem Wunsche, daß die Genossenschaft unter der neuen Firma noch bessere Fortschritte machen möge wie unter der alten, geschlossen.

Die öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland. Nach dem letzten veröffentlichten Jahresbericht des Bundesamtes deutscher Arbeitsnachweise bestanden am Anfang dieses Jahres in Deutschland 462 Arbeitsnachweise, die sich wie folgt über die Bundesstaaten verteilen: Preußen 273, Bayern 66, Hessen 26, Sachsen 23, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen je 16, Braunschweig und Halbes je 3, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Hamburg je 2, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Lippe und Lüneburg je 1. Insgesamt wurden im Vorjahr durch die öffentlichen Arbeitsnachweise Deutschlands 913981 Stellen besetzt, davon kamen 860901 auf Vermittlungen in den Arbeitsnachweisen, bei dem Verband angegliedert sind, dagegen waren durch die dem Verband angegliederten öffentlichen Arbeitsnachweise im Jahre 1908 932956 Stellen vermittelt worden, das waren 72035 oder 8,4 Prozent mehr. Der größte Arbeitsnachweis ist der in Berlin, durch den mehr als 80000 Stellen vermittelt wurden, dann kamen der Nachweis in Stuttgart mit mehr als 60000 vermittelten Stellen, der in München mit mehr als 40000 vermittelten Stellen, die Arbeitsnachweise in Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln a. Rh. und Leipzig mit je 20000-40000 vermittelten Stellen. Mehr als 10000 Stellen wurden vermittelt in Breslau, Leiznau, Hannover, Kiel, Regensburg, Mannheim, Mühlhausen i. G., Nürnberg, Pforzheim, Posen und Straßburg. Gelehrte männliche Arbeiter konnten im Vorjahre 264954 vermittelt werden.

Die Erhöhung der arbeitsfähigen Tagelöhne in Sachsen. Jeder Arbeitsnachwahr der Kreisbauernschaft Jandau wird es mit großer Freude begrüßen, daß die arbeitsfähigen Tagelöhne ab 1. Oktober 1910 ganz bedeutend erhöht werden, d. h. in Jandau von 2.20 M. auf 2.90 M.

Es soll aber bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden, daß dies ein Erfolg der christlichen Gewerkschaften Sachsen ist. Der Bezirksleiter Max Himmlich, Leipzig, machte am 10. September sowie am 22. November 1909 entsprechende Eingaben an die Königl. Kreisbauernschaft Jandau sowie auch an das Königl. Ministerium des Innern, Dresden.

Am 4. April wurden dem Bezirksleiter nachfolgender Bescheid gegeben:

Nr. 351 a IV. „Dem Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands wird auf die Eingabe vom 22. November 1909 zugunsten, daß die arbeitsfähigen Tagelöhne gewöhnlicher Tagelöhner für den Regierungsbezirk Jandau unter dem 26. März 1910 neu festgesetzt werden sind. Die neuen Sätze treten mit dem 1. Oktober 1910 in Kraft.“

Die bezügliche Bekanntmachung nebst Bezeichnung der Tarifhöhe ist abgedruckt in der 2. Beilage zu Nr. 70 des Dresdner Journals vom 29. März 1910.“

In sämtlichen Gemeinden der Kreisbauernschaft Jandau und Chemnitz wurde ebenfalls der arbeitsfähige

Tagelohn als Antwort auf entsprechende Eingaben der christlichen Gewerkschaften ganz bedeutend erhöht.

Dieser Erfolge kann sich die christliche Gewerkschaftsbewegung in Sachsen freuen und wäre es nur zu wünschen, wenn die Vorurteile in allen Volksschichten gegen die christlichen Gewerkschaften schwinden.

Hinter der Landstraße. Der Reiz des Wanderns hat es manchem Handwerksgehilfen in dem Maße angetan, daß er Zeit seines Lebens auf der Wanderschaft zubringt, selbst wenn ihm ein trauliches Heim winkt. So erschien dieser Tage, wie die Deutsche Tageszeitung erzählt, in einem kleinen Orte Dithmarschens ein 84 jähriger „Runde“ bei einem Tischlermeister, um „das Handwerk zu grüßen“. Er hatte, den größten Teil seines Lebens auf der Landstraße verbracht, kann sich aber auch jetzt noch nicht dazu entschließen, bei seinem in Mitteldeutschland ansässigen Sohne den Rest seiner Lebenszeit zu verbringen. Im Laufe des Gesprächs stellte es sich dann noch heraus, daß der Sohn des Meisters ein Jugendfreund des Sohnes des greisen Wandersmannes war, und diesen selbst erkannte der hinkommende Vater des Meisters als seinen ersten Gesellen. Ein sonderbares Zusammentreffen, das zu einem photographischen Gruppenbilde der vier Beteiligten Anlaß gab.

Aus dem gewerblichen Leben.

Reißberger Möbelfabrik G. m. b. H. Unter diesem Namen hat sich in Bad Deynhausen eine Genossenschaft gebildet, die sich nur aus Mitgliedern des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter zusammensetzt. Die Genossenschaft hat bereits eine größere Befugung käuflich erworben, um darin die Anfertigung von Möbel für den Arbeiter- und den kleinbürgerlichen Haushalt zu betreiben. Es ist beabsichtigt, in der Hauptsache solche Möbel anzufertigen, die dem Stande der kunstgewerblichen Entwicklung entsprechen, im Preise aber nicht so sehr von den heute so viel in Gebrauch befindlichen sog. alldutschen und englischen Sachen verschieden sind. Auch will die Genossenschaft bestrebt sein, durch die Ausschaltung des Zwischenhandels den Arbeitern im Bedarfsfalle mit guten Erzeugnissen möglichst billig zu dienen.

Spezialmaschinen für die Schirmmächerei, sämtlich Neukonstruktionen, fanden jüngst in der Kölner Gewerbehalle zur Schau. Diese Maschinen scheinen berufen zu sein, dem Schirmmächergewerbe ein ganz anderes, modernes Gepräge zu geben. Bei der zunehmenden Einführung des maschinellen Betriebes in allen Gewerben, ist das Schirmmächergewerbe auch fast unberührt und unverändert in seiner Art bestehen geblieben. Während die Furniturfabriken der Schirmbranche eine gewaltige Entwicklung genommen haben und ausschließlich der Großindustrie angehören, die auf dem Weltmarkt eine maßgebende Rolle spielt, ist der deutsche Schirmmacher auf dem Weltmarkt allmählich zurückgedrängt worden. Es liegt das mit daran, daß in den Gewerben, in welchen Handarbeit vorherrscht, d. h. in denjenigen Länder Deutschland gegenüber einen großen Vorrang haben, welche geringere Löhne zahlen und den Unternehmer geringere soziale Lasten auferlegen, als das in Deutschland geschieht. Es ist daher kein Zufall, daß neue Spezialmaschinen für die Schirmmächerei ausstehen. Die vorgeführten Spezialmaschinen dienen hauptsächlich dem Zerschneiden der Schirmstücke, Einteilen und Anzeichnen, Bohren, Fräsen, Federn einsetzen und ähnliche Arbeiten, die früher viele Handgriffe erforderten, werden von den neuen Maschinen mit bewundernswürdiger Schnelligkeit exakt und gleichmäßig ausgeführt. Die Bedienung der motorisch angetriebenen Maschinen ist höchst einfach und mühelos; ihre Leistungsfähigkeit beträgt etwa 25 bis 30 Duzend Stücke pro Stunde.

Die Korbmächerei als Gemeinbetrieb. Die Gemeinde Schiefbahn bei M.-Glabbech ist im Besitze von 1200 Morgen Grundeigentum. 120 Morgen dieser Befugung sind mit Korbweiden bepflanzt. Zur besseren Bewertung der Korbweiden ist die Gemeinde nunmehr dazu übergegangen, eine eigene Korbmächerei einzurichten. Die Selbstbewirtschaftung soll nach der „R. B.“ sehr erfolgreich sein. Um sie weiter zu fördern, wird eine umfangreiche Binnenentwässerung vorgenommen. Die Kosten belaufen sich einschließlich Wegebefestigung und Kultivierung auf 75000 M. Bis jetzt sind bereits 57000 M. aufgewandt worden, die etwa zu zwei Dritteln von Staat und Provinz getragen werden.

Literarisches.

Das Melancholienbuch macht in unserer Zeit gute Fortschritte. Böhmig befriedigend sind diese in des noch nicht. Noch immer fehlen hunderttausenden

von minderbemittelten Familien Wohnungen, die gesund, räumlich, luftig und behaglich sind. Diesem Mangel zu wehren, wird in der Großstadt schlecht möglich sein. Da muß die Parole: Auf's Land, in die Vororte erfolgen. Nur dort, wo der Grund und Boden billig ist, läßt sich auch für eine minderbemittelte Familie eine Wohnung herrichten, die den billigerweise zu stellenden Anforderungen gerecht wird. Nur dort läßt sich das Ideal eines Eigenheimes für den „kleinen Mann“ verwirklichen.

Selber ist noch viel zu wenig Aufklärung über die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit der Erbauung und Erwerbung eines eigenen Heimes unter das Volk gekommen. So kommt es denn, daß auch selbst bei Arbeitern, die nicht in den schlechtesten Verhältnissen leben, Vorurteile gegen das Eigenheim und das bauliche Genossenschaftswesen von schädlicher Wirkung vorhanden sind. Wenn dazu noch bestehende Bau-genossenschaften aber auch gar nichts leisten, um einen guten Geschmack ihrer Mitglieder beim Hausbau zu befestigen, geschweige denn, daß sie sich dazu aufschwängen, erzieherisch auch nach dieser Seite zu wirken, dann muß das Interesse am Eigenheim verloren gehen.

Da ist es nur zu begrüßen, wenn die Westdeutsche Verlagsanstalt m. b. H. zu Wiesbaden durch ihre Verlagswerke das Interesse für das Eigenheim und den Sinn für das Behagliche und Formenschöne auch bei dem Minderbemittelten weckt. Und wirklich, es ist fast jeder Familie möglich, „im eigenen Hause nicht teurer als in der Mietwohnung“ zu leben, wie der Kgl. Bauinspektor Plur in seiner unter obigem Titel in der Westdeutschen Verlagsanstalt in Wiesbaden erschienenen Schrift (Preis 1 M., Porto 10 Pfg.) an Hand vieler Beispiele genau nachweist. Der Verfasser behandelt die Verwirklichung des Wunsches nach einem eigenen Heim von durchaus praktischen und finanziell zutreffenden Gesichtspunkten aus und führt Hausbeispiele vor, deren Baukosten von 3500 Mark aufwärts sich mit Nebenkosten in einer Verzinsungsgrenze von 250 bis 300 Mark und darüber bewegen. Die in den 50 Abbildungen vorgeführten Hausbeispiele mit Angabe der Baukosten sind gut gewählt, der Preis der jetzt in 4. Auflage erschienenen Schrift ein sehr geringer.

Ein anderes Werk aus dem genannten Verlage ist: „Kleinvohnungsbau“. Praktische Anleitung und Musterbeispiele für den Bau billiger Ein- und Mehrfamilienhäuser für Arbeiter, Kleinhandwerker, Beamte usw. durch Private, Bauvereine und Genossenschaften. Mit einer Anweisung zur Gründung gemeinnütziger Bauvereine in Stadt und Land, bearbeitet von Landesbauinspektor G. Reischel, 96 Seiten mit mehr als 100 Ansichten und Grundrissen von Ein- und Mehrfamilienhäusern. Preis 1,80 Mark, gebunden 2,40 Mark (Porto 20 Pfg.)

Billige Kleinvohnungsbau für 150-300 Mark. Nichtsmerkt der einzelnen Wohnung mit 8-4 Räumen einschließlich Küche je nach den örtlichen Bedürfnissen sucht man jetzt überall zu errichten, vielfach auch zu diesem Zwecke, Bauvereine zu gründen. Diese praktische Wohnungsfürsorge, der Bau von Kleinvohnungsbauern, ist seit Jahren als dringend notwendig gefordert und wird auch von Regierungen und Kommunalbehörden unterstützt, um das Wohnungsbedürfnis in Stadt und Land zu befriedigen. Und für diese Bestrebungen ist das letztgenannte Buch von Bedeutung.

Im gleichen Verlage erscheint auch die illustrierte Reitschrift für Eisenbahn- und Gartenstadtbesichtigungen „Im eigenen Heim“ mit den Beilagen „Landleben“ und „Gartenstadt“. Jährlich 12 Seite 4 Mark (Porto 60 Pfg.) für Jahresabonnenten mit dem Buche von Amtsbaumeister Spindler: „Eigener Besitz ist Goldes wert“. Praktische Familienhäuser in den Vororten schon für 3500 Mark. 96 Seiten mit 150 Abbildungen (Preis sonst 1,70 Mark) als Gratisprämie.

Die bisher vorliegenden Publikationen der Westdeutschen Verlagsanstalt m. b. H., die sich mit Wohnungswesen befassen, verdienen die allseitigste Beachtung.

Adressenveränderungen.

Kronach. V. Baptist Stumpf, Kreuzbergstraße 167 v.

Briefkasten.

Der Kollege Christ. Weyermann, früher in Köln, wird gebeten, seine Adresse der Zentralstelle mitzutellen. Sollte in einer Zahlstelle die Adresse des Kollegen bekannt sein, so bitten wir um Mitteilung. Die Adresse des Kollegen Johann Dahmen, Buchn. 52016, wird von der Zahlstelle Kufrost gewünscht.

Mitteldeutsche Tischler-Schule
Göttingen in Jandau.
Soll sich Schenkung der Sprache u. Expedition...
Programme frei nach die Direktion.

B. Kolscher's
Fachschule Detmold
Er Teichler u. für gewerbl. Zeichnen
Ritterstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkmeister und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Ankunft durch die Direktion.
B. Kolscher.

Tischler-Fachschule
Hannover a. Harz
gehobene Ausbildung als Tischlermeister, Betriebsleiter und Zeichner. Programm frei.
Direktor Reinhold.
Zum Schlußwort empfehle: Die „Einführung für Tischler“, 150 Seiten stark, gebunden Mk. 5. In bezug von Direktor Reinhold, Hannover am Harz.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1903. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Glaser für u. Zeichner.
Mk. :: Werkstätten.
:: Programme frei ::
Direktor Brecht.

Eingelegte Fourniere
für Kabinette, Schränke, Kuffagen.
Auftragbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
Jährliche Anzeigungsverträge.
Carlsh. Müller, Meppen, Havelberg, Thomsenstraße 7.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
Münchberg.
Erfolgreiche Lehranstalt.
Kuchnawitz. Nr. C. Kuchnawitz

Zahlstelle Spaichingen.
Mehrere tüchtige
Möbelschreiner
auf furnierte Schlafräume gesucht.
Nähere Auskunft erteilt die Ortsverwaltung.
Tüchtiger, christl. gestimmter, evangelischer
Tischler
findet angenehme dauernde Stellung und abwechslungsreiche Arbeit auf bessere Möbel bei Familienanschluß.
Ladberger Kunsttischlerei F. Schappeler, Ladbergen i. B.
Erfahrene Möbelschreiner
auf furnierte Arbeit gesucht.
Werkstätten Bernard Stadler, Paderborn